

Der Fachanwalt für Steuerrecht im Rechtswesen

Gleichzeitig ein Beitrag zur Gestaltungs- und Durchsetzungsberatung

Festschrift

50 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.

50 Jahre Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung

Vorwort

Am 28. April 1947 beschlossen die „Vereinigten Rechtsanwaltskammern der Britischen Zone“ auf Anregung der Rechtsanwaltskammern Hamburg und Hamm, die Bezeichnung „Fachanwalt für Steuerrecht“ als Ausnahme vom anwaltlichen Werbeverbot wieder einzuführen. 1947 führten bereits 65 Rechtsanwälte(innen) im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm die Bezeichnung Fachanwalt für Steuerrecht. Einige von ihnen schlossen sich 1948 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die zahlreiche Aus- und Fortbildungsveranstaltungen durchführte, z. B. 1949 zu den Themen „DM-Bilanzgesetz“, „Schwierige Buchungsfälle“, „Zum Steuerwesen und das Steuerrecht“ und „Fragen der Fachanwaltschaft“.

Am 22. Mai 1949 kam es „Im Waldhaus“ bei Hamm zur Errichtung der „Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e. V.“. Zur gleichen Zeit wurde die „Rheinische Vereinigung der Fachanwälte für Steuerrecht im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf“ gegründet, die 1969 mit der Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e. V. verschmolzen wurde.

Am 2. und 3. September 1950 gestaltete die Arbeitsgemeinschaft ihre „1. Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung“ in Detmold, in der insbesondere Grundsatzfragen des Einkommensteuerrechts, der Betriebsprüfung, aus dem materiellen Steuerstrafrecht und dem Steuerstrafverfahrensrecht erörtert wurden und die schon einen „workshop“, oder ein „Steuerrechtspraktikum“ vorstellte. In der Folgezeit wurden bis 1959 als Jahresarbeitswochen in Marburg, Münster und seit 1961 in Wiesbaden dreitägige Jahresarbeitstagungen veranstaltet.

Diese Festschrift ist vornehmlich unseren „Altvorderen“ gewidmet, ohne deren Tatkraft unsere heutige bundesweite Tätigkeit undenkbar ist.

In der Anwaltschaft konnte so die Erkenntnis wachsen, dass Steuerberatung und Rechtsberatung nicht nur eine „der anwaltlichen sehr ähnliche Tätigkeit“ (so *Rose*, JbFStR 1969-1970, 70) ist, sondern die Steuerberatung zum „allumfassenden Beratungsanspruch des Anwalts gehört“ (*Crezelius*, JbFStR 1990-1991, 25).

In meinem Festschriftbeitrag habe ich die „Odyssee“ bis zur Fachanwaltsordnung 1997 aufgezeigt. Heute ist die berufsrechtliche Stellung des Fachanwalts für Steuerrecht gesichert und seine Bedeutung in der Steuerrechtspflege in der Fachwelt unbestritten. Das ist im Wesentlichen der Tatkraft und dem nimmermüden Einsatz unserer Gründer zu verdanken, die mit dem Satzungsgegenstand der Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht:

„Die Förderung und die Fortbildung ihrer Mitglieder und des juristischen Nachwuchses auf dem Gebiete des Steuerrechts und verwandter Rechtsgebiete sowie der Betriebswirtschaft und die berufsständische und berufsrechtliche Vertretung der Fachanwälte für Steuerrecht“

die Weichen dafür gestellt haben.

Bei ihrer Tätigkeit sind diese und ihre Nachfolger stets von Freunden und Förderern aus allen Bereichen des Rechts- und Steuerwesens unterstützt worden.

Zwei Persönlichkeiten der Steuerrechtskultur des ausgehenden Jahrhunderts standen jahrzehntelang im Mittelpunkt unserer fachlichen Arbeit:

Herr Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof a. D. *Dr. jur. Dr. h. c. Georg Döllner*, Frau *Professor Dr. Brigitte Knobbe-Keuk*.

Die Veröffentlichung meiner Beiträge anlässlich der „Steuerrechtlichen Jahresarbeitstagung 1994 und 1995“ in dieser Festschrift soll ihr unvergessenes Wirken, unsere Dankbarkeit und Verehrung einmal mehr festhalten.

Die Ergebnisse 50 Jahre Jahresarbeitstagung sind in der Schriftenreihe *Steuer und Recht* 1953 bis 1966 und seit 1967 in den Jahrbüchern der Fachanwälte für Steuerrecht dokumentiert. Ein Blick in diese Dokumentationen beweist, dass es der Arbeitsgemeinschaft stets gelungen ist, zur Umsetzung ihrer Arbeitsprogramme renommierte und bedeutende Repräsentanten der Wissenschaft, der drei Steuergewalten, der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe und aus dem eigenen Berufsstand zu gewinnen, wofür wir dankbar sind.

Allen Autoren dieser Festschrift gilt unser Dank. Ihre Beiträge bringen auf das Vollkommenste die Kongruenz aller im Rechtswesen Tätigen in der Zielsetzung in einer Zeit der Gesetzes- und Rechtsfülle den Geist des Rechts und die Rechtssicherheit soweit wie möglich in die Rechtspflege hineinzutragen, zum Ausdruck.

Die Festschrift ist ein Spiegelbild der heutigen Anforderungen an die Berufstätigkeit des auf dem Gebiet des Steuerrechts und diesem verwandter Rechtsgebiete beratenden Rechtsanwalts und der steuerberatenden Berufe. Sie ist ein Handbuch für den Fachanwalt für Steuerrecht und für jeden im Steuer- und Rechtswesen Tätigen.

Sie ist gleichzeitig eine Fundgrube für die Gestaltungs- und Durchsetzungsberatung. Dem verantwortlichen Redakteur der Festschrift, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht *Dr. jur. Thomas Durchlaub*, ist herzlich zu danken. Sein unermüdlicher Einsatz hat das rechtzeitige Erscheinen der Festschrift zu den Jubiläen möglich gemacht.

Franz Josef Haas,
Rechtsanwalt und Notar,
Fachanwalt für Steuerrecht,
Vorsitzender der
Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e. V.

Teil 1: Entwicklungen und Perspektiven des Fachanwalts für Steuerrecht und der Steuerrechtlichen Jahresarbeitstagung

FRANZ JOSEF HAAS

Historische und gegenwärtige Stellung des Rechtsanwalts und Fachanwalts für Steuerrecht in der (Steuer-)Rechtspflege

- I. Organ der (Steuer-)Rechtspflege
- II. Tätigkeit vor den Finanzgerichten
 1. Grundsätzliches
 2. Historische Betrachtung
 3. De lege ferenda
- III. Rechtsfortbildung
- IV. Einflüsse, Entwicklungen, Stand
 1. Einleitung
 2. 1919-1945
 3. 1945-1999
- V. Perspektiven

ARNDT RAUPACH

„Globalisierung, Full Service-Concept und Multi-Disciplinary Practices“ auf dem Beratungsmarkt

Anwaltssozietäten auf dem Weg zur Internationalisierung, internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaften auf dem Weg zum Global Legal-Service

- A. Vorbemerkungen zum Thema
 - I. Veränderungen auf dem Anwaltsmarkt
 - II. „Globalisierung, Full Service-Concept und Multi-Disciplinary Practices“
 - 1. „Globalisierung“
 - 2. „Full Service-Concept“
 - 3. „Multi-Disciplinary Practices“
 - III. Zum Gang der Untersuchung
- B. Die Konkurrenten
 - I. Internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
 - 1. „Globalisierung, Full Service-Concept und Multi-Disciplinary Practices“ internationaler Wirtschaftsprüfungsgesellschaften – eine hundertjährige Geschichte
 - a) „Globalisierung“ der Wirtschaftsprüfung
 - b) Das „Full Service-Concept“ und „Multi-Disciplinary Practices“ der Wirtschaftsprüfer
 - c) Die Konzentration auf dem Wirtschaftsprüfungsmarkt
 - 2. Die Entwicklung deutscher Mitgliedsfirmen der Big Five
 - a) KPMG
 - b) Arthur Andersen
 - c) PricewaterhouseCoopers
 - d) Schitag Ernst & Young
 - e) WEDIT Deloitte & Touche
 - 3. Organisationsstruktur internationaler Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
 - 4. Pyramidenförmiger Aufbau der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
 - II. Deutsche und angelsächsische Anwaltssozietäten
 - 1. 100 Jahre amerikanische Big Law Firmen
 - 2. Die Entwicklung der Anwaltssozietäten in Deutschland
 - a) Entwicklung bis 1989
 - b) Entwicklung seit 1989
 - 3. Die Internationalisierung deutscher Anwaltssozietäten —eine „Kurzgeschichte“
 - 4. Oppenhoff & Rädler auf dem Sprung von der Nummer 1 in Deutschland zur Nummer 2 der „Weltrangliste“?
 - III. Global Legal Service der internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften („A different law firm for a changing world“)
 - 1. Legal Networks der Big Five
 - 2. Behinderung der Rechtsberatung der Big Five durch die Regeln der U.S. Securities and Exchange Commission
 - 3. Die Rechtsform der Anwaltssozietät und das Verbot der Sternsozietät
 - IV. Exkurs: Das Beispiel Bilanzrecht
- C. Wertung und Ausblick
 - I. Internationalisierung
 - II. Full Service-Concept
 - III. Multi-Disciplinary Practices
 - IV. Ausblick

PETER HAAS
Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung in Wiesbaden
- Resümee der letzten 10 Jahre -

- I. Einleitung
- II. Zielsetzung der Jahresarbeitstagung
- III. Unternehmensbesteuerung
- IV. Gesellschaftsrechtliche Unternehmenspraxis
- V. Europarechtliche Einflüsse auf das Steuerrecht
- VI. Interdisziplinäre Themen
- VII. Resümee

ADALBERT UELNER
Die Mitwirkung der Finanzverwaltung bei den
Jahresarbeitstagungen der Fachanwälte für Steuerrecht

- I. Einleitung
- II. Aktuelle Gesetzgebungsinformationen
- III. Mitwirkung bei der Lösung steuerrechtlicher Grundprobleme
 1. Ertragsteuerrechtliche Behandlung von Personengesellschaften
 2. Publikums-Kommanditgesellschaften
 3. Betriebsaufspaltung
- IV. Stetigkeit der BFH-Rechtsprechung
- V. Künftige Mitwirkung der Finanzverwaltung in den Wiesbadener Tagungen

Teil 2:
Einflussnahme auf die Gesetzgebung

JOCHEN THIEL
Die Zukunft der Einkommensteuer — Einheit oder Pluralismus
der Einkünfte

- I. Einführung
- II. Das geltende Einkommensteuerrecht
 1. Leitbild Einheitssteuer
 2. Schedulare Regelungen im Einkommensteuergesetz
 - a) Vorbemerkung
 - b) Dualistische Ermittlung der Einkünfte
 - c) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
 - d) Einkünfte aus Gewerbebetrieb
 - e) Tarifbegrenzung bei gewerblichen Einkünften (§ 32c EStG)
 - f) Halber Steuersatz für außerordentliche Einkünfte (§ 34 EStG)
 - g) Tonnagebesteuerung

III. Zukunftsperspektiven

1. Vorschläge der Bareis-Kommission
2. Das Steuerentlastungsgesetz 1999 / 2000 / 2002
 - a) Zielsetzung und Maßnahmen
 - b) Maßnahmen in Richtung Einheitssteuer
 - (i) Abschaffung von subventionellen Steuervergünstigungen
 - (ii) Versteuerung privater Veräußerungsgewinne
 - (iii) Abschaffung von Sonderregelungen für die einzelnen Einkunftsarten
 - (iv) Abschaffung des halben Steuersatzes
 - c) Maßnahmen in Richtung Schedulenbesteuerung
 - (i) Keine deutliche Einschränkung der Steuerbefreiungen nach §§ 3 und 3b EStG
 - (ii) Begrenzung der Verrechnung von Verlusten aus passiver Tätigkeit
 - (iii) Tarifbegrenzung bei den gewerblichen Einkünften
 - d) Gegenfinanzierung im Unternehmensbereich
 - (i) Fragwürdige Steuervergünstigungen
 - (ii) Die Zukunft des Maßgeblichkeitsgrundsatzes
3. Pläne für die Zinsbesteuerung

IV. Schlussbemerkung

ROLF-JOACHIM NORTHMANN

Zu den Substanzsteuern nach Wegfall der Vermögensteuer: Erbchaft- und Schenkungsteuer ein Relikt?

I. Einleitung

II. Zu den Auswirkungen des Wegfalls der VSt auf die ErbSt

III. Was ist von den noch gängigen Thesen zur Rechtfertigung der ErbSt zu halten?

1. Die angebliche Bereicherung des Erben samt Zunahme seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
2. Die Vermögensumverteilung

IV. Die ErbSt als politische Steuer (Fiskalsteuer)

V. Zu den verfassungsrechtlichen Bedenken

VI. Zur Interessenlage der Beteiligten

1. Das Erbeninteresse
2. Das Interesse des Erblassers/Schenkens
3. Die betrieblichen Interessen

VII. Schlussbetrachtung

FRITZ LEISSLE

Möglichkeiten und Beispiele zur Einwirkung des Fachanwalts für Steuerrecht auf Gesetzgebung und Rechtsprechung

- I. Einleitung: Zur Motivation des Verfassers, der aus eigener Berufserfahrung zum Thema berichtet
- II. Ein Aufsatz zur „Geschäftswertberechnung“ nimmt Einfluss auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
- III. Es gelingt, einen Fehler im Körperschaftsteuergesetz 1977 sieben Jahre später rückwirkend zu korrigieren

- IV. Schwebender Versuch, die Rückwirkung des neuen Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts 1997 auf den 1. 1. 1996 zu eliminieren
- V. Schlussbemerkung: Aufruf der Fachanwälte zu notwendiger Kritik an Gesetzgebungsvorhaben und Rechtsprechung

Teil 3:

Durchsetzungsberatung – Problemfelder aus dem Verwaltungs- und Finanzgerichtsverfahren

AXEL BÖDEFELD

Entlastung des Bundesfinanzhofs aus der Sicht des Steueranwalts durch Änderung einer gerichtlichen Praxis

- I. Einleitung
- II. Revisionsentscheidung durch Beschluss nach Art. 1 Nr. 7 BFH-Ent1G
 - 1. Inhalt der Regelung und Bedeutung des Verfahrens
 - 2. Verfassungsmäßigkeit der Vorschrift
 - a) Pflicht zur Begründung der Entscheidung
 - b) Gerichtliche Hinweispflicht
 - 3. Anhörung
 - a) Tatsächliche Handhabung
 - b) Entlastung des BFH durch Hinweise im Rahmen des rechtlichen Gehörs
- III. Zusammenfassung

KLAUS-R. WAGNER

Sind Steuererhöhungen trotz erheblich höherer staatlicher Steuerverschleuderung verfassungsgemäß?

— Zur prozessualen Überprüfbarkeit dieser Frage —

- I. Einleitung
- II. Typisierung von Sachverhalten
- III. Verfahrensrechtliche Vorgehensweise
- IV. Verfassungsrechtlich denkbare Einwände gegen steuererhöhende Gesetze
 - 1. Mehrdeutige Gesetzesterminologie
 - 2. Steuererhöhungen trotz nicht unterbundener Steuerverschleuderungen und das verfassungsrechtliche Verhältnismäßigkeitsprinzip
- V. Ergebnis

KLAUS KLEINE
Verfahrensrechtliche Probleme der steuerlichen
Außenprüfung

- I. Verfahrensprobleme der Außenprüfung als Diskussionsstoff der Jahresarbeitstagen der Fachanwälte für Steuerrecht
- II. Aufnahme, Entwicklung und Lösung der Problemfelder durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Verwaltung
 1. Verwertungsverbot und Wiederholungsprüfung
 2. Zulässigkeit von Datensammlungen durch die Finanzverwaltung
 3. Aussetzungszinsen bei überlanger Verfahrensdauer
 4. Sachverhaltsaufklärung bei Rückstellungen für Umweltlasten
 5. Probleme um § 160 AO
 6. Auswertung von Grundlagenbescheiden im Rahmen der Betriebsprüfung
 7. Tatsächliche Verständigung
 8. Verlagerung der Buchführung in das Ausland
- III. Fazit

BERNDT RUNGE
Ein Plädoyer für das Verständigungsverfahren
— Das Instrument zur Konfliktlösung im
internationalen Steuerrecht —

- I. Einleitung
- II. Das Verständigungsverfahren
 1. Allgemeines und Zielsetzung
 2. Die Stellung des Steuerpflichtigen im Einzelfall
 - a) Wie weit reicht der Schutz?
 - b) Mitwirkung des Steuerpflichtigen
 - c) Erfolgloses Verständigungsverfahren
 3. Verfahrensfragen
 - a) Antragsteller
 - b) Für den Antrag zuständige Behörde
 - c) Form des Antrags
 - d) Antragsfrist
 - e) Dauer des Verfahrens
 - f) Rücknahme des Antrags
 - g) Kosten
 - h) Verhältnis zu Rechtsbehelfen
 4. Umsetzung der Verständigungsvereinbarung
- III. Bilateral abgestimmte Vorwegauskünfte
 1. Einleitung
 2. Rechtsgrundlage in Deutschland
 3. Bewertung
- IV. Schiedsverfahren
 1. Scheitern des Verständigungsverfahrens
 2. Bestehende Schiedsverfahren
- V. Fazit

Teil 4: Die Gestaltungsberatung in zivil- und steuerrechtlicher Sicht

HANS-JOACHIM PRIESTER
Quotentreuhand am GmbH-Anteil

- I. Voraussetzungen
 1. Praktische Konstellationen
 2. Zulässigkeit der Quotentreuhand
- II. Grundfall: Ein Treugeber
 1. Begründung des Treuhandverhältnisses
 2. Vollzug der Treuhandschafft
 3. Problem: Stimmrechtsausübung
 4. Beendigung der Treuhänderstellung
- III. Variante: Mehrere Treugeber
 1. Verhältnis zum Treuhänder
 2. Rechtsbeziehungen untereinander
- IV. Eigene Rechte der Treugeber in der GmbH
- V. Gestaltungsfragen
 1. GmbH-Satzung
 2. Treuhandvertrag
 3. Pool-Abreden mehrerer Treugeber
- VI. Zusammenfassung

HANS-JÜRGEN KION
Rechtliche und steuerliche Zuordnung des Gewinnanspruchs
bei der Veräußerung von GmbH-Geschäftsanteilen

- I. Einleitung
- II. Die rechtliche Einordnung des Gewinnanspruchs
 1. Die Entstehung des Gewinnanspruchs
 - a) Die herrschende Meinung
 - b) Die abweichende Lehrmeinung
 2. Der Gewinnanspruch bei Abtretung des Geschäftsanteils
 - a) Die Anwendung von § 101 BGB
 - b) Die Anmeldung nach § 16 GmbHG
- III. Die steuerlichen Auswirkungen bei der Veräußerung des Geschäftsanteils
 1. Die Besteuerung des Veräußerungsgewinns
 2. Die Besteuerung des Gewinnanspruchs
- IV. Vertragliche Gestaltungen
 - a) Steuerliche Zuordnung des laufenden Gewinns zum Veräußerer
 - b) Aufschiebend bedingte Abtretung des Geschäftsanteils
 - c) Vorbehaltsmissbrauch an dem veräußerten Geschäftsanteil
 2. Treuhandverhältnis an dem veräußerten Geschäftsanteil
 - a) Die steuerliche Zuordnung des laufenden Gewinns zum Erwerber
 - b) Besteuerung des Veräußerungsgewinns

WILHELM UHLENBROCK
Allgemeine gesellschaftsrechtliche Aspekte der
Insolvenzordnung

- I. Vorbemerkung
- II. Die Erweiterung der Insolvenzfähigkeit
- III. Insolvenzantragsrecht und Insolvenzantragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit
- IV. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung bei der GmbH
- V. Die Rechtswirkungen der Abweisung mangels Masse
- VI. Die Rechtswirkungen der Verfahrenseröffnung
- VII. Einbeziehung der Unternehmensträger (Gesellschafter) in das Insolvenzverfahren
- VIII. Ansprüche auf Rückgewähr kapitalersetzender Gesellschafterleistungen
- IX. Die Einbeziehung von Schadenersatzansprüchen und Gesellschafterhaftung in das Gesellschaftsinsolvenzverfahren
- X. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge bei Unternehmensinsolvenz

KARSTEN SCHMIDT
Insolvenzgesicherte Steuerentnahmerechte bei
Personengesellschaften?

- I. Das Problem
 1. Unternehmensfortführung und Gesellschafterbesteuerung in der Insolvenz
 2. Sitz des Problems
- II. Steuerrechtliche Lösungen?
 1. Steuerfreiheit von Gewinnen im Insolvenzverfahren?
 2. Mitunternehmerbesteuerung und persönliche Haftung
- III. Die gesellschafts- und insolvenzrechtliche Lösung
 1. Ungeschriebenes Steuerentnahmerecht der Gesellschafter
 2. Die Insolvenzfestigkeit des Steuerentnahmerechts
- IV. Zusammenfassung
 1. Ausblick
 2. Thesen

RUDOLPH LAUSCHER/JOHANNES WEIBLING/HUBERTUS BANGE
Einfluss des Steuerreformgesetzes 1999/2000/2002 auf die
Sanierung eines Unternehmens

- I. Einleitung
- II. Betrachtete Regelungen
- III. Bilanzierungs- und Bewertungsmaßnahmen
 1. Bilanzänderungen
 2. Teilwertabschreibungen
 3. Bewertung von Rückstellungen
 4. Wegfall der Ansparabschreibung ab Veranlagungszeitraum 1999

- IV. Nutzung steuerlicher Verluste
 - 1. Verluste ausländischer Betriebsstätten
 - 2. Betriebsausgabenabzug im Zusammenhang mit Auslandsbeteiligungen
 - 3. Verlustrück-/vortrag
- V. Umstrukturierungen
 - 1. Vorbemerkung
 - 2. Neuregelung zur Einlage von bestimmten Wirtschaftsgütern
 - 3. Übertragungsvorgänge zwischen verschiedenen Betriebsvermögen
 - a) Steuerneutrale Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern zu Buchwerten
 - b) Tauschgutachten
 - c) Einschränkung der steuerneutralen Übertragung stiller Reserven in Fällen des § 6b EStG
 - d) Realteilung
 - 4. Besteuerung von Veräußerungsvorgängen
 - a) Vorbemerkung
 - b) Verluste bei Veräußerung wesentlicher Beteiligungen an Kapitalgesellschaften
 - c) Außerordentliche Einkünfte
 - 5. Verkehrsteuern
 - a) Vorbemerkung
 - b) Anteilsvereinigung in einer Hand
 - c) Übertragungen auf eine Gesamthand
- VI. Zusammenfassung

GEORG CREZELIUS

Die „Rückgabe“ gesellschaftsrechtlicher Beteiligungen

- I. Einleitung
- II. Personengesellschaften
 - 1. Personenhandelsgesellschaften
 - 2. Stille Gesellschaft
- III. Kapitalgesellschaft
 - 1. Veräußerung und Einziehung
 - 2. Aktienrückkauf
- IV. Umwandlungen

KARLHEINZ BOUJONG

Die Vertragshaftung des steuerlichen Beraters gegenüber Dritten

- I. Haftungsrisiken für die steuerberatenden Berufe und ihre Gründe
- II. Haftungsausweitung durch die Rechtsfigur des Vertrages mit Schutzwirkung für Dritte
 - 1. Allgemeines
 - 2. Begriff und Bedeutung des Vertrages mit Schutzwirkung für Dritte
 - 3. Einbeziehung Dritter in die vertraglichen Schutzpflichten
 - a) Allgemeine Voraussetzungen
 - b) Fälle aus der Rechtsprechung
- III. Haftungsbeschränkungen gegenüber Dritten
 - 1. Ausklammerung Dritter aus dem Schutzbereich des Vertrages
 - 2. Begrenzung des Pflichtenkreises
 - 3. Drittwirkung von Haftungsbeschränkungen
 - 4. Die Bedeutung des § 51a Abs. 1 BRAO und des § 67a Abs. 1 StBerG

MANFRED GROH
Gesellschafter-Abfindungen in der Bilanz der
Personengesellschaft

- I. Einleitung
- II. Abfindungen in der Steuerbilanz
 1. Die Abfindung als Anschaffungspreis der verbliebenen Gesellschafter
 2. Vergleichsbasis: Veräußerung des Mitunternehmeranteils an die übrigen Gesellschafter
 3. Besonderheiten der Gesellschafterabfindung
- III. Abfindungen in der Handelsbilanz
 1. Bisherige Vorstellungen
 2. Alternativvorschläge
 - a) Das Anschaffungsmodell
 - b) Das Aufwertungsmodell
 3. Die Abfindung als Entnahmevergung

HENNING EISMANN
Die Betriebsaufspaltung und das mittelständische
Unternehmen

- I. Betriebsaufspaltung, Entwicklung und Bedeutung
 1. Historische Anmerkungen
 - a) Echte Betriebsaufspaltung
 - b) Unechte Betriebsaufspaltung
 - c) Kapitalistische Betriebsaufspaltung
 - d) Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung
 - e) Sonderformen der Betriebsaufspaltung
 2. Die Entwicklung der Betriebsaufspaltung in der Rechtsprechung des BFH
- II. Betriebsaufspaltung und mittelständisches Unternehmen
 1. Echte Betriebsaufspaltung
 - a) Haftungsfragen
 - b) Nachfolgefragen
 2. Unechte Betriebsaufspaltung
- III. Ausblick

BRUNO GASSNER
Unechte Betriebsaufspaltung ohne Grenzen

- I. Einleitung
- II. Einheitlicher Gewerbebetrieb nach Aufspaltung
 1. Echte Betriebsaufspaltung als Maßstab
 2. Ausdehnung auf die unechte Betriebsaufspaltung
 3. Beschluss des Großen Senats des BFH
- III. Tendenzen zur Verschärfung
 1. Echte Betriebsaufspaltung als Auslaufmodell

2. Verschärfte Rechtsprechung zur unechten Aufspaltung
 - a) Personelle Verflechtung
 - b) Überlassung einer wesentlichen Betriebsgrundlage

IV. Ergebnis

HERMANN BERNWART BRANDENBERG
Nutzungsrechte an Privat- und Betriebsgrundstücken und
ihre ertragsteuerliche Behandlung

- A. Einleitung
- B. Zivilrechtliche Grundlagen
- C. Steuerrecht
 - I. Grundstücke des Privatvermögens
 1. Zurechnung von Einkünften
 2. Zivilrechtliche Wirksamkeit
 - a) Verwaltung und bisherige Rechtsprechung
 - b) Stellungnahme
 3. Verwendung der Mieteinnahmen zum Unterhalt
 4. Sicherungsnießbrauch
 - a) Grundsätze
 - b) Fremdvermietetes Grundstück – Sicherung von Versorgungsleistungen
 - c) Nutzungsberechtigter als Mieter
 - i Rechtsprechung des BFH
 - ii Stellungnahme
 - d) Ablösung eines Sicherungsnießbrauchs
 5. Unterscheidung Vorbehalts- und Zuwendungsnutzungsrechte
 - a) Grundsätze
 - b) Abgrenzung vorbehaltenes dingliches Wohnrecht zum entgeltlich bestellten Zuwendungswohnrecht
 - c) Zusammentreffen von Vorbehalts- und Zuwendungsnießbrauch
 6. Lastenverteilung
 7. Ablösung von Nutzungsrechten
 - II. Grundstücke des Betriebsvermögens
 1. Zuwendungsnutzungsrechte
 - a) Unentgeltliche Bestellung aus privaten Gründen an einem Betriebsgrundstück
 - b) Entgeltliche Bestellung
 - c) Drittaufwand
 2. Vorbehaltsnutzungsrechte
 - a) Nießbrauchvorbehalt an Grundstücken des Betriebsvermögens
 - i Entnahme des Grundstücks
 - ii Vermeidung der Entnahme des Grundstücks
 - b) Vorbehalt eines obligatorischen Nutzungsrechts
 - c) Unentgeltliche Übertragung eines Grundstücks unter Vorbehalt eines Nutzungsrechts und Vermietung des Grundstücks an den neuen Eigentümer für dessen betriebliche Zwecke

HANSPETER DARAGAN
Die Einbringung dem Werte nach

- I. Sachwert versus Geldwert
- II. Rätselwörter
 1. Dunkel ist der Rede Sinn
 2. Systematisches
 3. Im Auslegen seid frisch und munter
 4. Mehr Licht
- III. Quasi-Eigentum alias wirtschaftliches Eigentum
 1. Rechtliche und wirtschaftliche Verfügungsmacht
 2. Steuerliche Zurechnungsfähigkeit
- IV. Folgerungen
 1. Besitz, Nutzungen, Lasten
 2. Gefahrtragung, Wertsteigerungen und Wertminderungen
 3. Verfügungen des Gesellschafters
 4. Realisierung des Wertes
 - a) Veräußerung des Gegenstandes
 - b) Ausscheiden des Gesellschafters
 - c) Liquidation der Gesellschaft
 5. Bilanzierung und Bewertung
 - a) Bilanzierung
 - b) Bewertung
- V. Steuern, die sich steuern lassen
 1. Umsatzsteuer
 2. Grunderwerbsteuer
- VI. Steuerlicher Nutzungswert der Einbringung dem Werte nach
 1. Vermeidung von Sonderbetriebsvermögen
 2. Veräußerungsgeschäfte zwischen Gesellschaft und Gesellschafter
 3. Gewerblich geprägte Vermögensverwaltung
 4. Betriebsaufspaltung
- VII. Gestaltungspraxis
- VIII. Zusammenfassung

GERHARD A. WINTER

Risiken des Arbeitgebers beim Lohnsteuerabzug

- I. Einführung
- II. Die Pflichten des Arbeitgebers im Lohnsteuerverfahren
- III. Folgen von Pflichtverletzungen
- IV. Überlegungen zur Handhabung des Lohnsteuerrechts
- V. Der Arbeitgeber als Beliehener
- VI. Konsequenzen
 1. Auswirkung auf die Haftung
 2. Zur Frage eines Aufwendungsersatzes
- VII. Fazit

JOCHEN LÜDICKE

Geschäftsführender Kommanditist und Komplementär in der nicht gewerblich geprägten GmbH & Co. KG

Überlegungen aus gesellschafts- und steuerrechtlicher Sicht

- I. Einführung
- II. Die gesellschaftsrechtliche Ausgangslage
 1. Das gesellschaftsvertragliche Geschäftsführungsrecht
 2. Die Vertretungsberechtigung
 3. Nicht organschaftliche Geschäftsführungsrechte
 4. Kritik an dem Verständnis zum nicht dispositiven Charakter der Vertretungsregelung
- III. Die steuerliche Ausgangslage
 1. Die Geprägerechtsprechung bis zum Beschluss des Großen Senats vom 25. 6. 1984 — Aufgabe der Geprägerechtsprechung
 2. Der Beschluss des Großen Senats vom 25. 6. 1984
 3. Die gesetzliche Wiedereinführung der Geprägerechtsprechung
 4. Die Folgerungen der Rechtsprechung aus der Verankerung der Geprägerechtsprechung im Gesetz
 5. Wertende Betrachtung
- IV. Folgerung für die Praxis

LUDWIG SCHMIDT

Randbemerkungen zur Mitunternehmer-Besteuerung im Zwielicht des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002

Einleitung

- I. § 6 Abs. 4 und 5 EStG in der Fassung des ursprünglichen (ersten) Entwurfs eines Steuerentlastungsgesetzes („Aufhebung“ des Mitunternehmer-Erlasses)
 1. Die gesetzlichen Vorschriften
 2. Übertragung einzelner WG vom Gesellschafter in das Gesellschafts-(Gesamthands-)vermögen einer gewerblichen Personengesellschaft (PersGes) gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten
 - a) Übertragung aus eigenem BV oder Sonder-BV gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten
 - b) Übertragung aus Privatvermögen (PV) gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten
 - c) Übertragung aus eigenem BV oder Sonder-BV oder aus PV gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten und sonstiges Entgelt
 3. Übertragung einzelner WG vom Gesellschafter in das Gesellschafts-(Gesamthands-)vermögen der PersGes ohne Gewährung von Gesellschaftsrechten (= unentgeltlich oder teilentgeltlich)
 4. Übertragung einzelner WG aus dem Gesellschafts-(Gesamthands-)vermögen einer PersGes auf einen Gesellschafter in ein BV gegen Minderung der Gesellschaftsrechte oder ohne eine solche
 5. Übertragung einzelner WG des Sonder-BV zwischen MU'n derselben PersGes
 6. „Übertragung“ (Übergang) einzelner WG aus eigenem (gewerblichem, freiberuflichem, landwirtschaftlichem) BV in das Sonder-BV desselben Steuerpflichtigen bei einer gewerblichen PersGes
 7. „Übertragung“ (Übergang) einzelner WG aus dem Sonder-BV eines MU's in dessen eigenes BV
 8. Unentgeltliche (oder teilentgeltliche) Übertragung einzelner WG zwischen ganz oder teilweise gesellschafter-identischen PersGes (Schwester-PersGes)

- II. § 6b Abs. 4 und 10 EStG in der Fassung des ursprünglichen (ersten) Entwurfs eines Steuerentlastungsgesetzes („Aufhebung“ der EStR 41b Abs. 6, 7 und 10)
 1. Die gesetzlichen Vorschriften
 2. § 6b in der Fassung des Steuerentlastungsgesetzes als betriebs- und gesellschaftsbezogene Steuervergünstigung
 3. Ein Einzelunternehmen veräußert ein WG (Grund und Boden oder Gebäude) seines Anlagevermögens
 4. Ein MU einer gewerblichen PersGes veräußert ein WG seines Sonder-BV bei dieser PersGes (vgl. EStR 41b Abs. 6 Nr. 2)
 5. Eine PersGes veräußert ein WG (Grund und Boden oder Gebäude), das Gesellschafts- (Gesamthands-)vermögen und BV ist (vgl. EStR 41b Abs. 7)
 6. Der Gesellschafter (MU) einer gewerblichen PersGes veräußert seinen ganzen Mitunternehmeranteil oder einen Bruchteil seines Mitunternehmeranteils
 7. Gesellschafterwechsel

ANDRÉ H. GRABOWSKI

Verfassungsrechtliche Probleme der unterschiedlichen Behandlung gemischter Tätigkeiten bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen

- I. Einführung in die Thematik
- II. Sachverhalt
- III. Steuerliche Auswirkungen der Geprägetheorie und Abfärbewirkung
 1. Geprägetheorie
 2. Abfärbewirkung des § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG
- IV. Gestaltungsmöglichkeiten „ex nunc“
- V. Rechtliche Beurteilung des Streitfalls anhand geltender einfachgesetzlicher Vorschriften
- VI. Durchsetzungsberatung „ex tunc“
- VII. Vorlagefragen
- VIII. Verfassungsrechtliche Problemstellung
 1. Gleichheitsgrundsatz Art. 3 Abs. 1 GG
 2. Gewerbeertragsteuer im Verhältnis zu Gewerbetreibenden, Selbständigen und Land- und Forstwirten
 - a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
 - b) Auffassung des vorlegenden Gerichts
 - c) Ergebnis
 3. Abfärbewirkung des § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG
 - a) Rechtsprechung und Schrifttum
 - b) Auffassung des vorlegenden Gerichts
 - c) Ergebnis
- IX. Zulässigkeitsfragen
 1. Zulässigkeit der Einzelrichtervorlage nach § 79 Abs. 3 FGO
 2. Zulässigkeit der Vorlage durch den Senat
- X. Handlungsbedarf für den steuerlichen Berater aufgrund des Vorlagebeschlusses
- XI. Resümee

REINHARD GECK
Gestaltungsspielräume bei Vermächtnis und
Pflichtteilsanspruch im Rahmen der Erbschaftsteuer

Ein Beitrag zur Abgrenzung von § 3 Abs. 1 Nr. 1 und § 3 Abs. 2 Nr. 4 ErbStG

- I. Einführung
- II. Die gesetzlichen Grundlagen
 1. Der Grundtatbestand des § 3 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG
 2. Abfindung für die Ausschlagung eines Vermächtnisses oder für den Verzicht auf den entstandenen Pflichtteilsanspruch
 3. Leistungen an Erfüllungs Statt (§ 364 BGB)
- III. Die Entwicklung der Rechtsprechung von der wirtschaftlichen zur zivilrechtlichen Betrachtungsweise
- IV. Abfindung für einen Verzicht auf den entstandenen Vermächtnis- und Pflichtteilsanspruch
 1. Zivilrechtliche Rechtslage
 2. Erbschaftsteuerrechtliche Beurteilung
 3. Bedenken gegen diese Lösung, Folgerungen für die Praxis

CLEMENS SUFFEL
Der Nießbrauch an Personengesellschaftsanteilen aus
zivilrechtlicher und steuerrechtlicher Sicht

- I. Einleitung
- II. Der Nießbrauch an Personengesellschaften im Zivilrecht
 1. Zulässigkeit des Nießbrauchs an Personengesellschaften
 - a) Nießbrauch an den Rechten im Sinne von § 717 Satz 2 BGB
 - b) Nießbrauch am Gesellschaftsanteil/Vollrechtsnießbrauch
 - aa) Freie Übertragbarkeit der Anteile
 - ba) Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeklausel
 2. Auswirkungen des Vollrechtsnießbrauchs auf die Mitgliedschaftsrechte
 - a) Alte Theorien
 - b) Aufspaltungslösung
 3. Ausübung der Verwaltungsrechte
 - a) Beschränkt haftender Anteilseigner (Kommanditist)
 - b) Nießbrauch am Anteil eines persönlich haftenden Gesellschafters
 4. Haftung des Nießbrauchsberechtigten
 5. Handelsregistereintragung/Grundbucheintragung
 6. Nießbrauchsbestellung zugunsten Minderjähriger
- III. Der Nießbrauch an Personengesellschaften im Steuerrecht
 1. Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
 - a) Zuwendungsnießbrauch
 - b) Vorbehaltsnießbrauch
 - aa) Betriebsvermögensfreibetrag gem. § 13a Abs. 1 ErbStG
 - ba) Bewertungsabschlag für das Betriebsvermögen
 - ca) Schenkung unter freiem Widerrufsvorbehalt
 2. Einkommensteuerrecht
 - a) Nießbrauchsberechtigter
 - aa) Mitunternehmerisiko
 - ba) Mitunternehmerinitiative

- b) Nießbrauchsbesteller
 - aa) Mitunternehmerrisiko
 - ba) Mitunternehmerinitiative
- c) Gestaltungsmöglichkeiten
 - aa) Quotennießbrauch
 - ba) Quotennießbrauch mit Sockelbetrag
 - ca) Individualvertragliche Verteilung der Mitverwaltungsrechte

IV. Schluss

HANS FLICK

Der Fachanwalt für Steuerrecht als Berater bei der Unternehmensnachfolge — Versuch der Aufhellung eines intransparenten Marktes

Einleitung: Intransparenz mit Folgen

- I. Fehlendes Bewusstsein eines Beratungsbedarfs
 - II. Viele Aspekte
 - 1. Steuern
 - 2. Erbrecht
 - 3. Gesellschaftsrecht
 - 4. Unternehmensorganisation
 - 5. Psychologie
 - 6. Integrierte Beratung
 - III. Viele Fehler
 - 1. Fehlendes Testament
 - 2. Überholtes Testament
 - 3. Fehlleitungen
 - 4. Berliner Testament
 - 5. Falscher Güterstand
 - 6. Fehlende Pflichtteilsverzichte
 - IV. Anforderungsprofil für den Berater
 - V. Kosten-/Nutzen-Analyse
- Schluss: Sisyphus-Arbeit „Marktaufhellung“

HELMUT DRÖGE

Die Familienholding als Instrument zur Sicherung der Unternehmenskontinuität

- I. Einführung
- II. Das A + B Familienunternehmen
- III. Die Konzeption
 - 1. Die Zielkonflikte
 - 2. Die Änderung der Unternehmensstruktur
 - 3. Schenkungsvertrag und Testament
 - 4. Resümee
- IV. Ausblick

HANS-JOACHIM KREBS

Die Organschaft als steuerliches Gestaltungsinstrument

- I. Wesen und Bedeutung der steuerlichen Organschaft
- II. Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Organschaft
- III. Gestaltungsinstrument für die Steuerplanung
 1. Zeitnaher Verlustausgleich
 2. Verrechnung inländischer Verluste in einem vom Ausland beherrschten Konzern
 3. Künftig keine Berücksichtigung von Verlusten ausländischer Betriebsstätten in einem vom Inland beherrschten Konzern
 4. Weiterleitung steuerfreier Inlandseinnahmen im Konzern
 5. Weiterleitung steuerfreier Auslandseinnahmen im Konzern
 6. Tarifiermäßigung nach § 32c EStG
 7. Verringerung der Steuerbelastung durch grenzüberschreitende Organschaft bei fehlendem DBA
 8. Vermeidung von Doppelerfassungen bei der Gewerbesteuer
 9. Verwaltungsvereinfachung bei der Umsatzsteuer
 10. Kein Steuervorteil bei der Grunderwerbsteuer

JÜRGEN HONERT/JOCHEN NEUMAYER

Verlustnutzung im Konzern: Liquidation versus Verschmelzung

Insbesondere zum überschießenden Regelungsinhalt des 5 12 Abs. 2 Satz 2
UmwStG im Zusammenspiel mit § 12 Abs. 3 Satz 2 UmwStG

- I. Einleitung
- II. Liquidation und Verlustnutzung
 1. Besteuerung der Verlustgesellschaft
 2. Besteuerung des Gesellschafters
- III. Verschmelzung und Verlustnutzung
 1. Situation vor 1995 (UmwStG 1977)
 2. Erste Regelungen des UmwStG 1995
 - a) § 12 Abs. 2 Satz 2, 4 UmwStG
 - b) § 12 Abs. 3 Satz 2 UmwStG
 3. Derzeitige Rechtslage
 - a) § 12 Abs. 2 Satz 2 UmwStG
 - b) § 12 Abs. 3 Satz 2 UmwStG
- IV. Beispiel
 1. Fall: Kauf einer Tochtergesellschaft
 - a) Fortführung des Geschäftsbetriebs
 - aa) Verschmelzung der T-GmbH auf die M-AG
 - ba) Liquidation der T-GmbH und Übernahme des Geschäftsbetriebs durch die M-AG
 - b) Einstellung des Geschäftsbetriebs
 - aa) Verschmelzung der T-GmbH auf die M-AG
 - ba) Liquidation der T-GmbH
 2. Fall: Gründung einer Tochtergesellschaft
- V. Beratungskonsequenzen

ULRICH PRINZ

Gestaltungsberatung zur steueroptimierten Verlustverwertung bei Umstrukturierung

- I. Diskussionsstand zur Verlustverrechnung: Verschärfte gesetzliche Abzugsbeschränkungen, verfeinerte Optimierungsstrategien
- II. Beispiel 1: § 15a EStG-Verluste bei Umwandlung Kapitalgesellschaft auf Personengesellschaft
 1. Typischer Ausgangsfall
 2. § 15a-Beschränkungen beim Formwechsel
 3. „Umfärben“ von Verlusten
- III. Beispiel 2: Verlustnutzende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften mit Betriebsführungsvertrag
 1. Typischer Ausgangsfall
 2. Betriebsführungs- und Managementverträge: Erscheinungsformen, Abgrenzung, Vorteile und Nachteile
 3. Gestaltungsziel der geplanten Reorganisation
 4. Verlustnutzende Verschmelzung
 5. Wirkungen des Betriebsführungsvertrages
- IV. Zusammenfassende Empfehlungen

SIEGFRIED WIDMANN

Änderungen des Umwandlungssteuergesetzes durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002

- I. Änderungen des § 13 Abs. 4 UmwStG
- II. Änderungen des § 18 Abs. 2 UmwStG
- III. Änderungen des § 18 Abs. 4 UmwStG
- IV. Änderungen des § 19 Abs. 2 UmwStG
- V. Aufhebung des § 21 Abs. 1 Satz 4 UmwStG

HEINRICH J. WATERMEYER

Gestaltungsfragen bei der „Umwandlung“ der inländischen Betriebsstätte einer EU-Kapitalgesellschaft nach § 23 Abs. 2 UmwStG

- I. Gründe für die Umwandlung
- II. Gesetzliche Grundlagen für die „Umwandlung“ der Betriebsstätte
- III. Einbringung nach § 23 Abs. 2 UmwStG
 1. Grundsatz
 2. Einbringung zur Neugründung einer GmbH?
 3. Notwendigkeit der Gewährung neuer Anteile?
 4. Folgerungen
- IV. Nachträgliche Versagung der Anwendung des § 23 Abs. 2 UmwStG wegen Herstellens einer Holdingstruktur
 1. Veräußerung der für die Betriebsstätteneinbringung erhaltenen Anteile
 2. Sinn und Zweck des § 26 Abs. 2 UmwStG
 3. Richtlinienwidrigkeit

4. Nachversteuerung bei ursprünglich verdeckter Sacheinlage?

V. Alternativgestaltung

VI. Zusammenfassung

HARALD SCHAUMBURG
Gestaltungsmisbrauch bei grenzüberschreitenden
Geschäftsbeziehungen

- A. Internationale Steuergestaltungen im Spannungsfeld zwischen zivilrechtlicher Zulässigkeit und steuerrechtlicher Missbilligung
- B. Reichweite des Missbrauchstatbestandes im außensteuerlichen Kontext
 - I. Inlandsbezogenheit
 - II. Gesetzliche Konkretisierungen
 - 1. Außensteuerrecht
 - a) Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a KStG)
 - b) Basisgesellschaften
 - c) Ausländische Familienstiftungen
 - 2. Doppelbesteuerungsrecht
 - a) Treaty- und directive Shopping
 - b) Kapitalanlageeinkünfte
 - c) Organschaft
 - d) Abkommensrecht
 - i) Missbrauchsklauseln der Doppelbesteuerungsabkommen
 - ii) Aktivitätsklauseln/Beneficiary- und switch-over-Klauseln der Doppelbesteuerungsabkommen
 - iii) Doppelbesteuerungsabkommen ohne Missbrauchsklauseln
- C. Europarechtliche Schranken
 - I. Orientierung am Gemeinschaftsrecht
 - II. Schranken des sekundären Gemeinschaftsrechts
 - III. Schranken des primären Gemeinschaftsrechts
- D. Ausblick

FRANZ WASSERMEYER
Dreiecksverhältnisse (triangular cases) im Abkommensrecht

- I. Einführung
 - 1. Begriff und Beispiele
 - 2. Falllösung der Beispiele
 - a) Beispiel Nr. 1
 - b) Beispiel Nr. 2
- II. Das Entstehen von Einkünften aus einem anderen Vertragsstaat
 - 1. Unterschiede zwischen innerstaatlichem Recht und Abkommensrecht
 - 2. Keine Verweisung des Abkommensrechts auf das innerstaatliche Recht
- III. Eine Strukturierung der Dreiecksverhältnisse

- IV. Die in den DBA positiv geregelten Lösungsansätze
- V. Die im deutschen innerstaatlichen Steuerrecht positiv geregelten Lösungsansätze
- VI. Das Interesse an der Herbeiführung von internationalen Dreiecksverhältnissen
- VII. Fazit

GÜNTHER HALLERBACH
Vorsteuerabzug durch den „erfolglosen“ Unternehmer

- I. Problemstellung
- II. Begriff des Unternehmers
 - 1. Legaldefinition des § 2 UStG
 - 2. Unternehmerbegriff in der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
 - 3. Streit der Meinungen im Schrifttum
 - 4. EuGH-Urteil vom 29.2.1996 – Rs. C-110/94 – INZO
- III. Auswirkungen des INZO-Urteils auf den Vorsteuerabzug
 - 1. Auffassung der Finanzverwaltung
 - 2. Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs
 - a) Unternehmerische Vorbereitungshandlungen und der Nachweis der Ernsthaftigkeit
 - b) „Fiktive“ Option gemäß § 9 UStG
 - 3. Aufhebung bestandskräftiger USt-Bescheide

REMBERT SCHWARZE
Zur Umsatzsteuerpflicht eines als freier Mitarbeiter tätigen
Rechtsanwalts

- I. Begriff des freien Mitarbeiters
- II. Selbständigkeit
 - 1. Allgemeine Kriterien
 - 2. Vergleich mit anderen Rechtsgebieten
 - 3. Indizien zur Abgrenzung
- III. Abgrenzung zur Sozietät
 - 1. Vorsicht beim Vertrag als „freier Mitarbeiter“
 - 2. Gesonderte Leistungen an eine Sozietät
 - 3. Bedeutung der Pauschalvergütung und des Unternehmerrisikos
- IV. Abrechnungsprobleme, Steuerausweis und Vorsteuerabzug
 - 1. Steuerschuld nach § 14 Abs. 3 UStG
 - 2. Vorsteuerabzug

WILHELM HAARMANN
Rechtsformen interdisziplinärer Kanzleien in Deutschland

- A. Einleitung
- B. Berufsgruppen und Berufsrechte
 - I. Rechtsanwälte
 - II. Wirtschaftsprüfer
 - III. Steuerberater
 - IV. Notare
 - V. Unternehmensberater
 - VI. Unzureichende Harmonisierung der Berufsrechte
- C. Organisations- und Rechtsformen für Deutschland
 - I. Bürogemeinschaft
 - II. Gesellschaft bürgerlichen Rechts
 - III. Partnerschaftsgesellschaft
 - IV. Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 - V. Aktiengesellschaft
- D. Schlussbemerkung

PETER HOMMELHOFF/CHRISTOPH TEICHMANN
Zu einer Methodik der Kautelarjurisprudenz in der
Universitätsausbildung

Einleitung

- I. Zum geeigneten Standort von Rechtsberatung und -gestaltung im dualen Ausbildungssystem
 - 1. Gründe für den mangelnden Ertrag der Referendarausbildung
 - 2. Das Ziel des berufsfähigen, nicht berufsfertigen Juristen
 - a) Zur Diskussion um das Leitbild der universitären Ausbildung
 - b) Berufsfähigkeit durch Auseinandersetzung mit dem beruflichen Rollenbild
- II. Kautelarjurisprudenz in der Universitätsausbildung
 - 1. Für und Wider eine Methodik der Kautelarjurisprudenz
 - 2. Die Vertragstypenlehre Langenfelds
 - 3. Vertragsgestaltung als Entscheidungsprozeß
 - a) Tätigkeiten des vertragsgestaltenden Juristen
 - b) Vertragsgestaltung als zielgerichtete Entscheidungsfindung
 - 4. Einbindung der kautelarjuristischen Methodik in den universitären Ausbildungsgang
 - 5. Die Aufgabe der Wissenschaft

Teil 5: Europarecht und Europäische Gerichtsbarkeit

WILFRIED WAGNER

Einholung und Folgen von Vorabentscheidungen des EuGH im finanzgerichtlichen Instanzenweg — Aufgabenteilung der Rechtsprechung am Beispiel der Sechsten Richtlinie —

- I. Vorbemerkung
 1. „Unmittelbare Wirkung“ von Richtlinien „zugunsten des einzelnen“
 2. „Unmittelbare Wirkung zu Lasten“ des einzelnen
- II. Vorlagerecht und Vorlagepflicht der Gerichte im Instanzenzug der FGO
 1. Regelung durch Art. 177 EG-Vertrag
 2. Vorlagekompetenz der Finanzgerichte nach nationalem Recht
- III. Vorlage oder Revisionszulassung
 1. Grundsätzliche Bedeutung wegen Gemeinschaftsrechtsfragen
 2. Divergenzzulassung zur Korrektur nicht EuGH-konformer BFH-Rechtsprechung

MARTIN CLAUSNITZER

Das Vorlageverfahren an den EuGH gemäß Art. 177 EG-Vertrag

- I. Bedeutung des Vorlageverfahrens
- II. Voraussetzungen der Vorlage an den EuGH
 1. Vorlagebefugnis
 2. Vorlagegegenstand
 3. Entscheidungserheblichkeit der Vorlagefrage
 4. Vorlagerecht und Vorlagepflicht
- III. Ablauf des Vorabentscheidungsverfahrens
 1. Vorlagebeschluss
 2. Schriftlicher Verfahrensteil
 3. Mündlicher Verfahrensteil
 4. Urteil des Gerichtshofs
- IV. Rechtsschutz gegen Vorlagepflichtverletzungen

KLAUS LANDRY

Steuerrechtsschutz unter europarechtlichen Aspekten

- I. Zölle und Verbrauchsteuern
 1. Aussetzung der Vollziehung
 - a) Aussetzungsgründe
 - aa) Begründete Zweifel
 - ba) Unersetzbarer Schaden
 - ca) Zwei alternative Tatbestände in Art. 244 Abs. 2 ZK
 - b) Sicherheitsleistung

2. Nacherhebung
3. Erlass und Erstattung
- II. Steuerrechtsschutz und der EuGH
 1. Erforderlichkeit der Vorlage
 2. Vorlagepflichtung
 3. Steuerrechtliche Vorlagefragen

OTMAR THÖMMES

Das deutsche Unternehmensteuerrecht auf dem europäischen Prüfstand — Bestandsaufnahme und Perspektiven —

- I. Einleitung
- II. Die EG-Steuerrichtlinien und ihre Umsetzung in deutsches Recht
 1. EG-Mutter-/Tochter-Richtlinie
 2. Die EG-Fusionsrichtlinie
- III. Primäres EG-Recht — die Grundfreiheiten des EG-Vertrags
 1. Der Anwendungsvorrang des EG-Rechts
 2. Auslegung des EG-Rechts durch den EuGH
 3. Bisherige Judikatur des EuGH auf dem Gebiet der direkten Steuern
 4. Fallgruppen EG-rechtlich fragwürdiger Vorschriften des deutschen Unternehmensteuerrechts
 - a) Steuerliche Benachteiligung beschränkt steuerpflichtiger Gesellschaften aus anderen EU-Mitgliedstaaten
 - b) Steuerliche Abzugsbeschränkungen bei unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschaften mit beschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftern oder beschränkt steuerpflichtigen Zahlungsempfängern
 - c) Besteuerung nach dem Brutto-Prinzip
- IV. Ausblick

HANS-MICHAEL POTT

Das Europäische Gemeinschaftsrecht — ein didaktisches Problem der Fachanwaltschaft?

- I. Die Fachanwaltschaft für Steuerrecht — Fortbildung als Motor der Marktentwicklung
- II. Europäisches Gemeinschaftsrecht als fortbildungsgeprägtes Rechtsgebiet
 1. Praxisbezogene Ausbildung — Fortbildung in der Praxis
 2. Unbefriedigende Resonanz
 - a) Beispiel: Vergaberecht in Deutschland
 - b) Haltung der „Nichtteilnehmer“ zum Vergaberecht
 3. Befragung von Fachanwälten
- III. Das Defizit
 1. Gemeinschaftsrecht ist nicht mit Fortbildung im nationalen Recht zu bewältigen
 2. Defizit und Anspruch in der Fachanwaltschaft

Teil 6: Verteidigung in Steuerstrafsachen

BRIGITTE GAST-DE HAAN
Ausgewählte Probleme der Haftung und straf-
(bußgeld-)rechtlichen Verantwortlichkeit in Fällen unrichtiger
Spendenbestätigungen

- I. Vorbemerkung
- II. Haftung ohne Steuerschuld?
- III. Haftungsbescheid
 1. Allgemeine Voraussetzungen
 2. Festsetzungsfrist
 - a) Beginn
 - b) Ablaufhemmung
- IV. Steuerhinterziehung und -gefährdung durch Ausstellen unrichtiger Spendenbestätigungen
 1. Unrichtiger Beleg i. S. des § 379 Abs. 1 Nr. 1 AO
 2. Besonderheiten bei Durchlaufspenden
- V. Zusammenfassung

FRANK HARDTKE
Die strafrechtliche Gleichstellung von Festsetzungs- und
Feststellungsbescheiden als Taterfolg der Steuerhinterziehung,
insbesondere bei der Feststellung des verwendbaren Eigenkapitals nach § 47 KStG

- I. Einleitung
- II. Problemstellung
- III. Der Begriff des Steuervorteils im Steuerstrafrecht
- IV. Der Feststellungsbescheid nach § 47 KStG als Steuervorteil
 1. Steuerliche Vergünstigung
 2. Bewilligung der Finanzbehörde
 3. Keine Steuerverkürzung
 4. Beeinträchtigung des staatlichen Steueranspruchs
- V. Die Gleichstellung der Feststellung nach § 47 KStG mit einer Steuerfestsetzung

LEONHARD AULINGER/VOLKER WEINREICH/TIDO PARK
Die anwaltliche Betreuung von Kreditinstituten vor, bei und
nach Durchsuchungen und Beschlagnahmen wegen des
Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung

- I. Vorbemerkung
- II. Beratung im Vorfeld
- III. Anwaltliche Betreuung während der Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahme
 1. Beginn der Durchsuchung und Anwesenheitsrecht des Anwalts
 2. Präsenz während der Durchsuchung

3. Eingangsgespräch mit den Verantwortlichen der Bank
 4. Eingangsgespräch mit dem Durchsuchungsleiter
 5. Prüfung des Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses
 6. Kooperation oder Konfrontation
 7. Beschlagnahme oder freiwillige Herausgabe
 8. Bankgeheimnis
 9. Vernehmung von Zeugen
 10. Durchsuchung der Papiere
 11. Computerdaten/Rasterfahndung
 12. Einschaltung der Medien
 13. Nachbearbeitung der Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen
- IV. Rechtsmittel gegen Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen
1. Rechtsmittel gegen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse
 2. Rechtsmittel gegen einzelne Maßnahmen
- V. Betreuung während des weiteren Ermittlungsverfahrens
1. Information an Bankkunden
 2. Selbstanzeige
 3. Abschluss

WOLFGANG JOECKS
Iura novit Curia? Iudex non calculat?
Der Finanzbeamte als Zeuge in der Hauptverhandlung

- I. Die Ausgangslage
- II. Die Notwendigkeit tatrichterlicher Feststellungen
1. Bestätigte Ermittlungsergebnisse
 2. Neue Erkenntnisse in der Hauptverhandlung
- III. Beweismittel im Strafprozess
- IV. Beamte in der Hauptverhandlung
1. Der Begriff des Zeugen
 2. Denkbare Inhalte der Vernehmung
 - a) Bekundung unmittelbarer Wahrnehmungen
 - b) Bekundung vom Hörensagen
 - c) Bekundung von Ermittlungsergebnissen
 - aa) Sammelbericht über Zeugenaussagen
 - ba) Sammelbericht über Urkunden
 3. Bezeugte Rechtsauffassungen?
 - a) Sachkunde in Buchhaltungsfragen
 - b) Sachkunde im Steuerrecht?
- V. Rechtsbefragungen als Befangenheitsgrund?
1. Bedeutung prozessualer Fehler
 2. Befangenheit durch Prozessverhalten

THOMAS MARX
Nemo tenetur se ipsum accusare?
– Der Steuerpflichtige in der Klemme von Besteuerungs-
und Strafverfahren –

- I. Problemaufriss
- II. Mitwirkungspflicht und nemo tenetur
 1. Tatbestandlicher Wegfall der Erklärungspflicht
 2. Lösung über den entschuldigenden Notstand
 3. Reduzierung der steuerlichen Erklärungspflicht
 4. Strafprozessuales Verwertungsverbot
- III. Zusammenfassung

HEINRICH SCHLEIFENBAUM/ECKHARD SCHORMANN
Tatsächliche Verständigung im Steuerstrafverfahren

- I. Einleitung
- II. Sinn der tatsächlichen Verständigung
- III. Der Weg zur Einigung
- IV. Praktische Aspekte
 1. Besteuerungsverfahren
 2. Strafverfahren
- V. Ausblick

Teil 7:
**In Memoriam mit der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft verbundener bedeutender
Persönlichkeiten des Rechts- und Steuerwesens**

FRANZ JOSEF HAAS
Steuerbilanz der Personengesellschaft — Exegese aus 45 Jahren
Steuerrechtlicher Jahresarbeitstagungen — in memoriam
Dr. Dr. h. c. Georg Döllerer

- A. Vorbemerkung
- B. Problemstellung
 - I. Handelsrecht und Handelsbilanz
 - II. Mitunternehmerschaft und steuerrechtlicher Gewinn
 1. Grundsätzliches zu § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG
 2. Systematik der Ermittlung des Gesamtgewinns
 - a) Bilanzbündeltheorie
 - b) Zweistufige Gewinnermittlung
- C. Steuerbilanz der Mitunternehmerschaft: Lösungsansätze in der Literatur
 - I. *Dölleres* These der konsolidierten Gesamtbilanz
 - II. Sonstige Lösungsvorschläge
 1. Strukturierte Gesamtbilanz
 2. Additive Methoden
 3. Korrigierender Vermögensvergleich

- D. Stand der Rechtsprechung
- E. Unterschiede in den Ergebnissen der Methoden und Kritik
 - I. Ermittlung des steuerrechtlichen Gesamtgewinns
 - II. Verteilung des Gesamtgewinns zwischen den Gesellschaftern
- F. Schluss

FRANZ JOSEF HAAS
Rechtsanwendung und Gesetzgebung im
Unternehmenssteuerrecht
Würdigung von Professor Dr. jur. Brigitte Knobbe-Keuk

- I. Einleitung
- II. Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung
- III. Personengesellschaften
 - 1. Mitunternehmerbegriff
 - 2. Folgen der Aufgabe der Bilanzbündeltheorie
 - a) Sonderbetriebsvermögen
 - b) Additive Gewinnermittlung
 - c) Sondervergütungen
 - 3. Verlustausgleichspotential nach § 15a Abs. 1 EStG
 - 4. Gewerbesteuer
- IV. Bilanzrecht
 - 1. Stellung in der Rechtsordnung
 - 2. Bedeutung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes
- V. Europarecht
 - 1. Sitztheorie
 - 2. Rechtssache Schumacker
 - 3. Vorlagebeschlüsse FG Köln vom 19. 9. 1994
- VI. Steuerpolitische Zielvorstellungen
- VII. Schlussbemerkung